

GEGEN RASSISMUS GEGEN "AUSLÄNDERGESETZE"

In dieser Woche, am 26. oder am 27. April, wird der Entwurf der Bundesregierung für ein "neues Ausländergesetz" im Bundestag verabschiedet werden; danach wird es voraussichtlich am 11. Mai vom Bundesrat genehmigt und dann vom Bundespräsidenten in Kraft gesetzt werden. Damit ist dann ein neues Sondergesetz gemacht worden, das wieder mehrere Millionen Menschen, die in der BRD leben diskriminiert.

Dieses Gesetz, das die Rechte der Menschen, die in der BRD leben und eben keinen deutschen Paß besitzen, weiter beschneidet, fällt in dem nationalistischen Klima, das hier immer stärker wird, auf fruchtbaren Boden; und andererseits stärkt es rechtsradikalen Kräften, die schon seit Jahren "Ausländer raus" schreien, den Rücken. In diesem Gesetz ist das "Recht", sich in der BRD aufzuhalten in vier verschiedene Titel unterteilt. Damit werden nicht nur ImmigrantInnen systematisch als Menschen zweiter Klasse behandelt, sondern es wird auch noch versucht, sie untereinander aufzuspalten und die Solidarität der Betroffenen zu verhindern.

Für alle ImmigrantInnen wird es noch schwieriger werden, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, der Bundesinnenminister kann in fast allen Fällen eine "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" widerrufen. Es bleibt zum Beispiel der Willkür des Innenministers überlassen, ImmigrantInnen, die in der BRD leben und arbeiten, weil sie als "Gastarbeiter" gerufen worden sind, nach Belieben aus der BRD rauszuschmeißen.

Die Gründe, die zu einer "Aberkennung" des Aufenthaltsrechts und zur Abschiebung führen können sind stark erweitert worden. Eine "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" geht zum Beispiel dann verloren, wenn der/die Betroffene, oder die betrof-

fene Familie nicht genügend Wohnraum (d.h. 12 m² pro Person) nachweisen kann. Dabei weiß man/frau genau, daß gerade ImmigrantInnen große Schwierigkeiten haben, Wohnraum zu finden.

Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebedürftigkeit können direkt zur Ausweisung führen. ImmigrantInnen sollen als billige Arbeitskräfte in der BRD zur Verfügung stehen, und, wenn sie diese Funktion nicht mehr erfüllen, einfach abgeschoben werden. Um einer Ausweisung infolge Arbeitslosigkeit zu entgehen, werden ImmigrantInnen also gezwungen, Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Damit werden ImmigrantInnen als LohndrückerInnen gegen "deutsche" ArbeiterInnen ausgespielt.

Für alle ImmigrantInnen, die "zu einem bestimmten Zweck" in die BRD kommen (z.B. Studium) soll gelten, daß sie die BRD verlassen müssen; wenn die Behörde der Meinung ist, daß der "Zweck" erreicht ist, oder nicht mehr erreicht werden kann. Für alle ausländischen StudentInnen heißt das, daß sie sofort rausfliegen, wenn sie ihr Studium fertig haben, oder wenn sie ihr Studienfach wechseln, oder wenn die Behörde der Meinung ist, daß sie zu lange studieren.

Die politische Betätigung von ImmigrantInnen soll durch die Drohung mit der Ausweisung unterbunden werden. Die hier lebenden ImmigrantInnen werden politisch und gesellschaftlich entmündigt mit der Rechtfertigung, deren politische Arbeit schade den Interessen der BRD. Dieses Gesetz, wie jedes andere "Ausländergesetz" diskriminiert Millionen der Menschen, die in der BRD leben. Wir fordern: Gleiche Rechte für alle. Keine "Ausländergesetze". Recht auf politische Betätigung und Wahlrecht als ersten Schritt. Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IM SCHLOSSKELLER GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERGESETZE AM DONNERSTAG, 26.4.90, 20 UHR

ANSCHLIESSEND: afrikanische, orientalische, lateinamerikanische ... Musik

VeranstalterInnen:

* Schloßkeller * AusländerInnenreferat der FH Darmstadt * AusländerInnenreferat der TH Darmstadt * Hessisches Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausländergesetze